

Sozialpartnerschaft in der Midlife Crisis¹

Brigitte Unger

1. Einleitung

Seit Ende der 1970er Jahre traten erhebliche Veränderungen in den ökonomischen, politischen und sozialen Rahmenbedingungen sozialpartnerschaftlichen Handelns auf. Zunehmende Unsicherheiten einer stärker verflochtenen Weltwirtschaft, das Ende hoher Wachstumsraten, gestiegene Arbeitslosenraten, das Aufbrechen homogener Interessenslagen usw. nähren die Frage nach dem Niedergang des Korporatismus nun schon seit geraumer Zeit. In jüngster Zeit werden mit den Schlagworten »Internationalisierung« und »Globalisierung« vor allem externe einschneidende Veränderungen für sozialpartnerschaftliches Handeln betont. Zusammen mit internen Aushöhlungstendenzen des Systems, wie das Infragestellen der Existenz der Kammern und abnehmender Organisationsgrad der Gewerkschaften, stellt sich die Frage nach der Überlebenschance und Zukunft der Sozialpartnerschaft.

Obgleich es einer gewissen Ironie nicht entbehrt, wenn ich mich als Frau für ein gelinde gesagt wenig frauenfreundliches institutionelles Arrangement wie die österreichische Sozialpartnerschaft einsetze, so möchte ich doch festhalten, daß ich im folgenden implizit davon ausgehe, daß Sozialpartnerschaft sowohl ökonomisch wie auch sozial wünschenswert und erhaltenswert ist.

Die Legende vom »Tod der Interessenvertretungen«, die Legende von der »Entbehrlichkeit der Interessenvertretungen« und die Legende vom »Politikdefizit der Interessenvertretungen« (Prisching 1996, S.212) halte ich auch für Fehleinschätzungen in der öffentlichen Diskussion. Sozialpartnerschaftliche Systeme sind institutionelle Arrangements und als solche in der Regel robust, passen sich langsam an geänderte Rahmenbedingungen an und ändern sich nur unter sehr großen Schocks drastisch (s. Unger/Van Waarden im Erscheinen). Sie haben eine wichtige Stabilisierungsfunktion und haben enorme Anpassungsleistungen vollzogen. Ich stelle hingegen eine »Problemwahrnehmungsbeschränkung der Interessenvertretungen« fest. Sie sehen Probleme oft eindimensional als Monolemma und tendieren dazu, sämtliche Handlungsalternativen aus ihrer Politikwahrnehmung auszublenden. Geänderte Rahmenbedingungen, wie wir sie derzeit erleben, lassen jedoch verschiedene Interpretationsmöglichkeiten zu. Während etwa die norwegischen Gewerkschaften sich im Dilemma zwischen zwei Alternativen wie EU-Beitritt oder nicht zu entscheiden hatten, stellte sich dieses Problem den österrei-

chischen Gewerkschaften erst gar nicht. Im Monolemma gibt es keine Entscheidungsalternative sondern nur einen klaren Weg. Den Weg nach Brüssel.

Die österreichische Sozialpartnerschaft wurde nach dem Krieg begründet (z.B. wurde das Lohn-Preisabkommen 1947 vereinbart, die Paritätische Kommission wurde 1957 gegründet) und ist nun rund fünfzig Jahre alt. Sie befindet sich in einer Art Midlife Crisis, die durch folgende Charakteristika gekennzeichnet ist:

- a) die besten Zeiten sind vorüber (man rühmt sich mit der Vergangenheit)
- b) Potenzängste (man stellt die eigene Ohnmacht angesichts der fortgeschrittenen Internationalisierung fest) und
- c) überspielen dieser Ängste durch eine Flucht nach vorn (man verläßt die Familie und nimmt sich eine Jüngere in Brüssel).

Im folgenden soll gezeigt werden, daß korporatistische Systeme dazu neigen, bestimmte Probleme nur beschränkt wahrzunehmen. Am Beispiel der Globalisierung möchte ich zeigen, daß die veränderten internationalen Rahmenbedingungen auch anders als derzeit in Österreich üblich interpretiert werden können. Es läßt sich zeigen, daß es weniger die ökonomischen Sachzwänge sind, die den Spielraum sozialpartnerschaftlichen Handelns verringern, als die aufgrund psychologischer, historisch-institutioneller und politischer Faktoren bedingte Perzeption der verringerten Politikmöglichkeiten durch die Sozialpartner.

Ich möchte im folgenden nicht unterstellen, daß sich an den ökonomischen Rahmenbedingungen sozialpartnerschaftlichen Handelns in den letzten zehn Jahren nichts Wesentliches geändert hat. Die Liberalisierung der Finanzmärkte, die EU, die Öffnung des Ostens stellen z.B. enorme Veränderungen der Handlungsspielräume dar (vgl. Unger 1993). Aber ich möchte mich in diesem Papier vor allem auf die veränderten Wahrnehmungsmuster in Österreich konzentrieren. Ich möchte damit klarmachen, daß die veränderten internationalen Rahmenbedingungen auch optimistischer interpretiert werden können. Wenn ich im folgenden die Internationalisierungswelle vielleicht zu sehr als bedeutungslos hinstelle, dann deshalb, weil sie in der österreichischen Debatte um die HandlungsOhnmacht der Sozialpartner zu sehr überschätzt wird.

2. Veränderte Rahmenbedingungen sozialpartnerschaftlichen Handelns

Über die veränderten ökonomischen, sozialen und politischen Rahmenbedingungen sozialpartnerschaftlichen Handelns in den achtziger Jahren habe ich ausführlich im Kurswechsel 1990 zusammen mit Karl Hinrichs geschrieben. Noch zu ergänzen ist die seinerzeitige Liste für Österreich um folgende Punkte: a) Der Beschäftigungsabbau in der Verstaatlichten Industrie mit traditionell stark gewerkschaftlich organisierten Betrieben trug zu einem verringerten Organisationsgrad der Gewerkschaften bei und b) die Schwächung der beiden Großparteien und das Entstehen einer dritten größeren Partei in Österreich kann als institutioneller Schock »von innen« interpretiert werden. Sozialpartnerschaft war historisch für zwei Parteien – eine große Koalition – mit starker Lagerbindung der Mitglieder konzipiert. Durch die Auflösung der Lagerbindung und das Entstehen einer dritten großen Partei kommen die traditionellen Verhandlungsmuster ins Wanken. Es ist kein Zufall, daß gerade diese dritte Partei versucht, an den Eckpfeilern der Sozial-

partnerschaft zu sägen, wie etwa die von der Freiheitlichen Partei Österreichs jüngst geforderte Abschaffung der Pflichtmitgliedschaft bei den Kammern Österreichs zeigt.

3. Institutionelle Schocks – die neuen Herausforderungen in den neunziger Jahren

In den neunziger Jahren hat sich die Art der Schocks, mit denen sozialpartnerschaftliche Systeme konfrontiert sind, signifikant verändert. Während in den siebziger und achtziger Jahren vor allem Nachfrageschocks (z.B. Nachfrageschwankungen in der fordistischen Ära aufgrund von Fluktuationen in der Kaufkraft) und Angebotschocks (z.B. Ölschocks) dominierten, sind es heute vor allem strukturelle, organisatorische und institutionelle Schocks, mit denen die Sozialpartner konfrontiert werden. Die Schaffung des Europäischen Binnenmarktes, der Fall der Mauer in Berlin mit der einhergehenden Öffnung in Osteuropa, die Reorganisation von Unternehmungen von nationalen zu internationalen Firmen und Konzernen, die Liberalisierung der Kapitalmärkte, die zu einem Anwachsen der Spekulation auf Finanzmärkten geführt hat, sind nur einige Beispiele. Die zunehmende Bedeutung solcher neuen Formen von Schocks stellt eine große Herausforderung für bestehende institutionelle Arrangements dar. Sozialpartnerschaftliche Arrangements sind traditionell auf die Dämpfung von Nachfrageschocks eingestellt und haben sich mit viel Mühe vom »Nachfragekorporatismus« hin zum »Angebotskorporatismus« (s. Traxler 1996, S.25) geschleppt. In diesem Sinne haben sie bereits enorme Anpassungsleistungen erfüllt. Wie Prisching (1996, S.212) treffend feststellt, ist die Legende vom »Politikdefizit der Interessenvertretungen« deswegen eine Legende, »weil ans Unvorstellbare grenzt«, was die Sozialpartnerschaft in den letzten Jahrzehnten geleistet hat. In jüngster Zeit wurde die Sozialpartnerschaft in Österreich vor allem mit zwei institutionellen Schocks, einem »von außen« und einem »von innen« konfrontiert. Die institutionelle Bedrohung »von außen« läßt sich unter dem Schlagwort »Globalisierung« fassen, die institutionelle Bedrohung »von innen« sei am Beispiel »Pflichtmitgliedschaft der Kammern« erörtert.

4. Die veränderte Politikwahrnehmung durch die Sozialpartner am Beispiel »Budgetkonsolidierung«

Die Wahrnehmung politischer Ziele und Optionen hängt nicht so sehr von »exogen vorgegebenen Fakten« ab, sondern davon, was als »Sachzwang« wahrgenommen wird. Dies hängt entscheidend von den historischen Erfahrungen und institutionellen Arrangements ab (s. March und Olsen 1995). Auch die individuellen persönlichen Präferenzen und Charakteristika der Politiker, und was in einer Gesellschaft als akzeptable Ziele angesehen werden, können eine Rolle spielen. So etwa ist die Existenz von Obdachlosen in der holländischen Gesellschaft nicht toleriert. Man betrachtet Arbeitslose und Arme zwar als »Nichtsteuer«, die im Widerspruch zum erstrebenswerten Fleiß der protestantischen Ethik stehen, aber kein Dach über dem Kopf zu haben ist sozial inakzeptabel (vgl. Engbersen 1995, der die heterogenen gesellschaftlichen Definitionen von Armut in Europa vergleicht).

Ein »Sachzwang« von außen wird wesentlich weniger »zwingend« angesehen, wenn solche gesellschaftliche Grundwerte vehement verteidigt werden und ein Abgehen von diesen gesellschaftlichen Minima unvorstellbar ist.

In Österreich und auch in anderen Ländern haben sich die wirtschaftspolitischen Ziele in den letzten Jahren deutlich verschoben. Das Abgehen von keynesianischer Wirtschaftspolitik ging mit einer deutlichen Verschiebung der politischen Schwerpunktsetzungen einher. Während in den 70er Jahren »Vollbeschäftigung« das primäre Ziel war, wurde es in den 80er Jahren zu »hoher Beschäftigung« und in den neunziger Jahren zu »Beschäftigung steigern« abgeschwächt. Während in den 70er Jahren »Solidarität« ein wichtiger Slogan war, ist er in den 90er Jahren durch den Begriff »Effizienz« völlig substituiert worden. Während man in den 70er Jahren in einer Zeit der Vollbeschäftigung lieber ein paar Milliarden höheres Budgetdefizit in Kauf nahm, als schlaflose Nächte wegen mehr Arbeitslosen zu verbringen, ist »Budgetkonsolidierung« zum allgemein akzeptierten wirtschaftspolitischen Ziel geworden.

Wie wird dieser deutliche Kurswechsel der österreichischen Sozialpartner legitimiert? Liest man das von den Sozialpartnern erstellte Gutachten zur Budgetkonsolidierung vom September 1995 (erste Version des sogenannten »Sparpakets«), so gibt es kein Abwägen zwischen Budget jetzt oder erst später (oder gar nicht) konsolidieren, sondern das Motto: »wir müssen« zieht sich durch das ganze Gutachten. Die Argumente, die für eine sofortige Budgetkonsolidierung vorgebracht werden, sind vielseitig und sehr bemüht. Doch leider nicht immer logisch konsistent. Auf Seite 5 erfahren wir, daß wir jetzt konsolidieren müssen, weil wir uns in einer Hochkonjunkturlage befinden. Auf Seite 6 hingegen erfahren wir, daß wir jetzt konsolidieren müssen, weil Budgetkonsolidierung in der Praxis mit Wirkungsverzögerungen konfrontiert ist, also erst in der Rezession wirken wird. Ich gebe zu, es ist nicht leicht, ein keynesianisches Argument der Multiplikatorwirkungen des Budgets mit der monetaristischen Kritik der »Wirkungsverzögerungen der Budgetpolitik« und daher deren mangelnder Dosierbarkeit unter einen Hut zu bringen.

Wir erfahren nicht nur, daß der richtige Zeitpunkt zur Budgetkonsolidierung jetzt ist, weil es später noch später ist, wir erfahren auch eine Reihe von ökonomischen Vorteilen der Konsolidierung. Hier besteht das Dilemma, daß alle keynesianischen Argumente, die in den 70er Jahren für eine Ausweitung des Budgetdefizits angeführt wurden, plötzlich vergessen werden müssen. Auch wenn sich die Rahmenbedingungen verändert haben, keynesianische Nachfragepolitik schwieriger geworden ist, so liefert die keynesianische Theorie doch immer noch Erklärungen für Makrozusammenhänge. Stattdessen müssen Argumente gegen hohe Budgetdefizite vorgebracht werden. Diese Argumente kann man als Wiederaufleben der »crowding-out« Debatte einordnen. Dazu gehören all jene Argumente, die von Neoklassikern und Monetaristen in den 60er und 70er Jahren gegen die Keynesianer vorgebracht wurden.

Sie zeichnen sich durch Wirtschaftsliberalismus, Skepsis gegenüber dem Staatsapparat, viel Sorge um Effizienz und wenig Sorge um soziale Anliegen aus. Sie zielen auf eine Verringerung der Staatsquote, eine Verringerung der Steuerquote und eine Erhöhung des privatwirtschaftlichen Anteils am Sozialprodukt. Wir finden einen Großteil der Argumente der »crowding-out« Debatte im sozialpartner-

schaftlichen Gutachten zur Budgetkonsolidierung, wie ich in Unger (1996, Sozialpartnerschaft im Tetralemma) ausführlich gezeigt habe. Ein Budgetdefizit, das zu steigenden Zinsen und Zins-Crowding-Out der privaten Investitionen (unter impliziten Annahme der Vollbeschäftigung!) führt, inflationäre Effekte und Abwertungsdruck erzeugt, eine zu hohe Belastung der nächsten Generation mit Zinszahlungen bedeutet (intertemporales und intergeneratives Crowding-Out) werden darin befürchtet (für einen ausführlichen Überblick über die Crowding-Debatte s. Unger 1987).

Diese Argumente werden seit dem Entstehen der Crowding Out Debatte in den 50er und 60er Jahren von konservativer Seite angeführt. Die Linke konterte mit einer »Crowding-In« Debatte einer offenen Wirtschaft, in der höhere Zinsen durch Budgetdefizite aufgrund genügend hoher Liquidität vom Ausland nicht möglich sind, oder höhere Zinsen sogar noch zu wünschenswerten Kapitalzuflüssen und Aufwertungsdruck führen. Ferner, daß Inflation nur bei Vollbeschäftigung auftrete. Und last not least mit Lorenz von Steins Ausspruch vor 100 Jahren, daß ein Staat ohne Staatsschuld entweder zu wenig für seine Zukunft tue (wenn er keine Infrastruktur baut) oder zu viel von seiner Gegenwart fordere (wenn er die jetzige Generation voll dafür zur Kasse bittet, obgleich der Nutzen auch der nächsten Generation zukommt). Die Linke warnte auch vor Budgetkonsolidierung mit dem »Sparparadoxon«, das sich in jedem ökonomischen Lehrbuch findet. Versucht der Staat Ausgaben zu kürzen, dämpft er die Wirtschaft, die Arbeitslosigkeit steigt, die Einnahmen der Leute sinken und damit aber sinken die Steuereinnahmen des Staates. Paradoxerweise hat er aufgrund des Steuerausfalls nach den Sparmaßnahmen ein höheres Defizit als zuvor (vgl. Kratena/Marterbauer/Unger 1988).

Im Gutachten werden stattdessen weiters niedrige Steuern gefordert, um im Steuerwettbewerb zwischen den Staaten um ansiedlungswillige Industriebetriebe mithalten zu können. Auf die Idee, daß statt mit Großbritannien mitzuziehen ja auch die Möglichkeit bestünde, durch hohe Steuern und staatlich bereitgestellte Infrastruktur sich vom sozialen Dumping abzusondern um Betriebe anzulocken, kommt der Beirat nicht. Ferner wird die Effizienz bei der Bereitstellung öffentlicher Leistungen gefordert, um international wettbewerbsfähig zu bleiben. Niedrige Steuern, viel Effizienz (und wenig Soziales), um die Betriebe anzulocken, sind der Tenor des Gutachtens.

Auffallend im Gutachten ist auch die starke Betonung von Staatsversagen. »Der Staat ist überfordert, wenn ein ständiger Strom neuer Aufgaben und Regelungen zu den bereits bestehenden hinzugefügt wird« (Gutachten S.15). Auch dies ist ein Beweis einer konservativen wirtschaftstheoretischen Position. Keynesianer betonten hingegen »Marktversagen« als Legitimation von Staatseingriffen. Mehr Markt – weniger Staat, entnehmen wir als Leitlinie für die Zukunft. Das ist die wirtschaftstheoretische konservative Grundkonzeption des Gutachtens.

Seine Krönung findet es aber in der Behauptung, daß Budgetkonsolidierung längerfristig den sozialen Frieden sichert. Obgleich man sich dabei auf die Vergangenheit beruft, erfolgt damit die Flucht nach vorne, in unbekanntes Terrain. »Wie aus historischen und internationalen Erfahrungen bekannt ist, führen unbewältigte Budgetkrisen längerfristig zu Verteilungskämpfen, zu einem weitgehenden Verlust der Akzeptanz der Politik und zu Extremismen aller Art« (Gutachten

S.11). Die Leserin des Gutachtens steht vor einem Puzzle. Üblicherweise würde man erwarten, daß Budgeteinsparungen zu stärkeren Verteilungskonflikten führen, da bei Kürzungen Konflikte wesentlich transparenter werden als wenn allen ein bißchen mehr gegeben wird. Es war ja die Idee der Sozialpartnerschaft, durch höheres Wachstum Einkommenssteigerungen für alle zu schaffen und damit Verteilungskonflikte zuzudecken. Kürzungen im Budget müßten demnach zu massiveren Verteilungskonflikten führen. Obgleich von Politik und Medien gleichermaßen verharmlost, waren die Demonstrationen der Hochschullehrer gegen Kürzungen im Bildungsbereich mit rund 50.000 Teilnehmern im Frühjahr 1996 immerhin die größte Demonstration der Nachkriegszeit.

Budgeteinsparungen bedingen ferner steigende Arbeitslosenzahlen (und das fatale am Budget ist ja, daß zusätzliche Defizite wenig zusätzliche Beschäftigungseffekte haben, Kürzungen sich aber sofort massiv in höherer Arbeitslosigkeit niederschlagen). Dies wiederum gefährdet den sozialen Frieden. Es ist historisch bekannt, daß Extremismen in Zeiten hoher Arbeitslosigkeit auftreten. Budgetkonsolidierung gefährdet demnach den sozialen Frieden in Österreich und sichert ihn nicht. Der Austrofaschismus war nicht eine Folge einer »unbewältigten Budgetkrise, die längerfristig zu Verteilungskämpfen« führte, wie es uns das Gutachten auf S.11 nahelegen könnte, sondern eine Folge hoher Arbeitslosigkeit. Gerade wenn sich für Österreich Hysteresis-Effekte nachweisen lassen (s. Grandner/Unger 1993 und Walther 1996), daß nämlich die Arbeitslosenrate von ihrer eigenen Vergangenheit abhängt, ist es besonders wichtig, jegliches Ansteigen derselben zu vermeiden, um einen erfolgreichen historischen Pfad auch für den sozialen Frieden in der Zukunft zu legen.

Nach diesem »Puzzle« um den sozialen Frieden findet die Aufzählung von den Vorteilen der Budgetkonsolidierung ihre abschließende Krönung mit dem Satz, »rasch und wirksam konsolidierte öffentliche Budgets würden sicherstellen, daß Österreich ein international zukunftssträchtiges »Unternehmen« bleibt (Gutachten S.11). Österreichs Sozialpartner definieren sich demnach als Manager in einem IBM-Betrieb! Auch dies ist Teil einer konservativen Wende in der Politik: die Verökonomisierung sämtlicher Bereiche. Da werden Politiker zu Managern.

An den theoretischen Zusammenhängen hat sich nichts verändert. Nur hört man die Argumente der Linken in Österreich nicht mehr. Im Gegenteil, in Übertrumpfung des Sparparadoxons versucht der sozialdemokratische Finanzminister Viktor Klima in seinem Wirtschaftsbericht 1996, jeden wirtschaftspolitischen Trade-off der Ziele zu ignorieren: er versucht eine Offensive für Wachstum und Beschäftigung bei gleichzeitiger Budgetkonsolidierung. Dies ist die Flucht nach vorn, denn aus internationalen Berechnungen wissen wir, daß die Budgetkonsolidierung zur Erfüllung der Maastrichtkriterien Europa zusätzlich eine Million Arbeitslose bringen wird (s. Arrowsmith 1995). Auch hierbei ziehen Österreichs Sozialpartner mit: Beschäftigungsoffensive trotz beschäftigungsdämpfendem Sparpaket. Mit dem Sparpaket haben die Sozialpartner bewiesen, daß sie ihre »Staatsentlastungsfunktion« noch sehr gründlich wahrnehmen können. Keine Regierung hätte derart unpopuläre Maßnahmen ohne Unterstützung der Sozialpartner legitimieren und durchsetzen können.

5. Globalisierung oder Globalisierungsideologie?

Der spill over konservativer Ideologie hat nicht nur Österreich erfaßt, sondern auch viele andere europäische Länder. In diesem Sinne kann sich kein Land der »Globalisierung« durch Medien und internationale Politik entziehen. Trotzdem ist die Art der Problemwahrnehmung und die einstimmige Reaktion aller Interessenvertreter in Österreich einmalig.

Unbestritten scheint in der österreichischen Debatte die Tatsache, daß aufgrund von Internationalisierung und Globalisierung national ohnehin (fast) nichts mehr getan werden kann. Fast jedes Interview eines Politikers, Experten oder Journalisten enthält mehrfach die Begründung, daß unter dem Druck von Internationalisierung irgendetwas nicht getan werden könne. Egal aus welcher Partei der oder (was weit seltener ist) die Befragte kommt, egal aus welcher Kammer er oder (was beinahe ans Unmögliche grenzt) sie kommt, die Argumente sind beinahe ident. Es ist die Ohnmachtsstimmung der Fünfzigjährigen, die in der österreichischen Debatte so deutlich wird.

Da in sozialpartnerschaftlichen Arrangements Intransparenz herrscht, eine gewisse Autonomie der Verbandspitze von den Mitgliedern bestehen muß, um autonom verhandeln zu können, also auch wenig basisdemokratische Elemente enthalten sind, da wenig Diskurserfahrung besteht und keine Konfliktbereitschaft, mußte der institutionelle Schock der EU-Mitgliedschaftsdebatte und Internationalisierung so unauffällig wie möglich verarbeitet werden. Die Tatsache, daß es in Österreich öffentlich keine Gegenposition zur EU von seiten der Arbeitnehmer gab, keine Befürchtung von Reallohnsenkungen oder der Auflösung traditioneller Kollektivvertragsbereiche, keine Information der Bevölkerung über etwaige Nachteile der EU, also einen perfekten EU-Monolog der Großparteien und Interessenverbände gab, ist im internationalen Vergleich einmalig.

Zu erklären ist dies einerseits aus der Tatsache, daß, wenn einmal eine Linie entschieden ist, diese auch durchgehalten wird. Warum sich die Sozialpartnerschaft für die kompromißlose Anerkennung der Bedingungen des Kapitals entschied, kann aus dem Ohnmachtsgefühl der Midlife Crisis erklärt werden. Die so akzeptierten »Sachzwänge« wurden den Wissenschaftlern, Betriebsräten, Mitgliedern, Medien, usw. vorgegeben: Wir sind ein kleines Land, das nicht hinter Ungarn zurückbleiben will. Liefert uns Argumente für die EU. Gegenpositionen wurden nicht zur Kenntnis genommen, Berichte über die sozialen Auswirkungen unter Verschuß gehalten, EU-Gegner wurden nicht mehr zur Diskussion eingeladen. Die Wissenschaftler durften nur noch innerhalb des vorgegebenen Rahmens pro-EU, pro-Budgetkonsolidierung etc. denken. Aber es ist trotzdem ein Beweis dafür, daß Österreich im internationalen Vergleich Korporatismusland Nummer 1 ist. Der institutionelle Schock der Vorbereitung auf die Folgen des EU-Beitritts wurde mustergültig absorbiert: innerhalb der Sozialpartner einstimmig, einhellig, stabil, fast konfliktfrei, so als wäre nichts geschehen.

Globalisierung wurde als gegebener Sachzwang anerkannt. Es wurde m.W. nicht untersucht, wie sehr Globalisierung und Internationalisierung sich von früheren Jahren unterscheiden. Daß mit der einhelligen Zustimmung zur EU und zur Währungsunion grundsätzliche Veränderungen in der Balance der Kräfte erfolgen, wurde hingegen nicht anerkannt oder thematisiert. Mit dem Thema In-

ternationalisierung und Globalisierung wurde auch die Sprache des Kapitals nach Österreich importiert: Effizienz statt Solidarität, Wirtschaftsstandort statt Wohlfahrtsstaat, Ineffizienz des öffentlichen Sektors statt wichtiger Arbeitgeber und Zulieferer für die Privatwirtschaft, Sparpaket schnüren statt Arbeitslosigkeit bekämpfen. Es handelt sich daher um eine Ideologie und nicht um Sachzwänge, die sich in den neunziger Jahren breit machen.

Ich behaupte, daß die Sachzwänge bezüglich Internationalisierung und Globalisierung überschätzt werden. Dadurch werden aber nationale Handlungsmöglichkeiten nicht mehr wahrgenommen. Es handelt sich um ein Politikwahrnehmungsdefizit der Sozialpartner. Die Gefahr ist, daß Österreich sich damit in einen Teufelskreis der Globalisierungsideologie begibt. Aus der Ohnmachtsperzeption des »wir können ohnehin nichts tun«, definieren sich die Arbeitnehmervertretungen voraussehlend gehorsam tatsächlich weg, was die Globalisierungsthese bestätigt.

5.1 Einige Fakten gegen die Globalisierungsthese

Globalisierung erfolgt nicht in eine Richtung, sondern in Wellen. Globalisierungstendenzen werden von Gegenteilstendenzen begleitet. Es ist ein Irrtum zu glauben, daß der internationale Handel immer mehr wird, die Arbeit immer schneller und öfter zwischen Ländern pendelt, die Wirtschaftspolitik immer ohnmächtiger wird, und die sozialen Errungenschaften immer weniger werden und den Wohlfahrtsstaat auflösen. Ich möchte nicht leugnen, daß es Tendenzen in diese Richtung gibt, vor allem derzeit. Ich möchte schon gar nicht den derzeitigen Sozialabbau verharmlosen. Ich möchte auch nicht die immense Bedeutung der internationalen Finanzmärkte verharmlosen (s. Mooslechner 1995 für eine drastische Darstellung gesteigener Kapitalmobilität). Aber es gibt immer wieder auch Gegenteilstendenzen, die das System erhalten und aus einem Abwärts wieder ein Aufwärts machen. Die lineare Fortschreibung ist nicht zulässig. Historisch lassen sich Konvergenz- und Divergenzbestrebungen in Wellen beobachten.

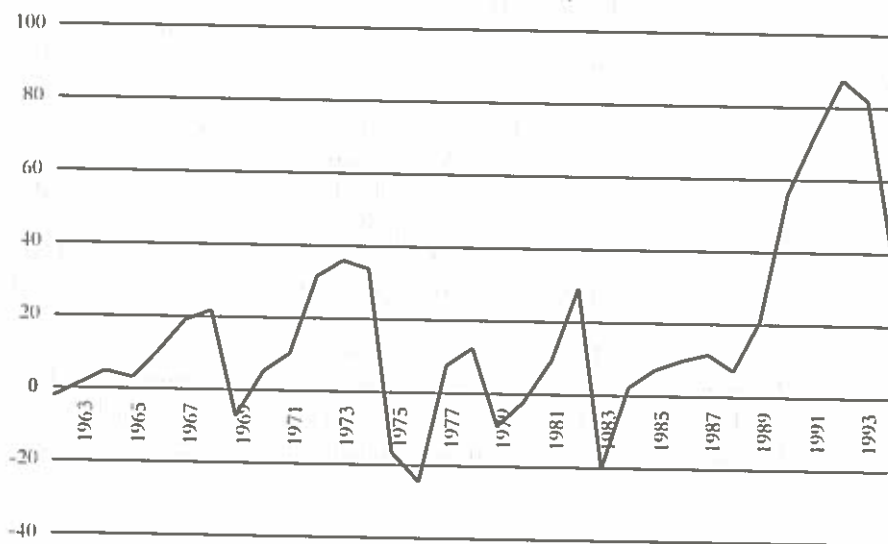
Wie die Internationalisierungsdebatte seit den 50er Jahren zeigt, schwankt der Glaube an die Konvergenz der sozialen, politischen und ökonomischen Bedingungen zwischen Harmonisierungseuphorie und Divergenzprognosen (für einen detaillierten Überblick s. Unger 1996b). Boyer (1993) zeigt, wie die Konvergenztheorie in Zyklen verläuft. Der starke Technikglaube der Nachkriegszeit ging einher mit der Konvergenzthese, daß die Verwendung derselben Technologie auch zu mehr Gleichheit führen wird. Daniel Bell voraussagte das »Ende der Ideologie« zu Beginn der sechziger Jahre. In der Ökonomie glaubte man an »catching up«, also dem Aufholen der armen Länder. Das neoklassische Faktorpreisausgleichstheorem der Außenwirtschaftstheorie besagte noch ergänzend, daß Löhne, Preise, Zinsen etc. durch Arbitrage sich international angleichen werden. In den 70er Jahren herrschte mehr Skepsis bezüglich des harmonisierenden Effekts der Technik. Kern und Schumann (1976) zeigten empirisch, daß Technik die Arbeitnehmer in mehr höher qualifizierte und mehr minderqualifizierte spaltet. Daß also unterschiedliche Sektoren und Länder sich verschieden entwickeln werden. In den späten achtziger Jahren und neunziger Jahren dominierte wiederum ein Harmonieglaube. Fukuyama sagte in Anlehnung an Daniel Bell das »Ende der Geschichte« (Fukuyama 1992) voraus. In der Ökonomie spalten sich die Meinungen. Während um die Maastricht-Debatte herum ein großer Harmonieglaube

entsteht, werden Kritiker in Wachstums- und Außenwirtschaftstheorie tätig. Abramovitz, einer der großen Väter der modernen Wachstumstheorie warnt vor »catching up, forging ahead und falling behind« (1986). Dehesa und Krugman (1992) warnen vor einem Europa der Agglomeration. Von Mailand bis Kopenhagen schaue Europa nachts vom Flugzeug aus gesehen eher wie eine blaue Banane als wie gleichmäßig verstreute Industriestandorte aus. Der verzweifelte Versuch Konvergenz über politische Vereinbarungen von Maastricht statt über Markt und ökonomische Anpassungsmechanismen zwischen den EU Ländern zu erzielen, zeugt davon, daß selbst Delors nicht an ökonomische Konvergenztheorien glaubte. Harmonisierungs- und Zerfallstendenzen bestehen gleichzeitig und wechseln einander in ihrem Dominieren ab.

Migrationsströme erfolgen in Wellen. Wie Sassen (1995) zeigt, ist Migration nicht ein vorgegebenes Faktum, sondern kulturell, sozial und politisch bedingt. Sie verläuft in historischen Zyklen, sowohl was ihre Höhe als ihre Bestimmungsorte anbelangt und nicht linear ansteigend. Auch bezüglich Arbeitsmobilität lassen sich solche Muster feststellen. Selbst innerhalb desselben Sprachgebietes wie in den USA lassen sich verlagernde Migrationsströme beobachten. Die Arbeitsmobilität ist in den USA rund dreimal so hoch wie in Europa, trotzdem ist sie nicht unendlich und schwankt im Zeitablauf.

Auch für Österreich lassen sich Schwankungen in der Migration und Mobilität der Arbeit feststellen. Seit 1983 weist die OECD folgende Einwanderströme ausländischer Arbeiter nach einzelnen OECD Ländern aus. Daraus geht auch hervor, welch großem internationalen Migrationsschock Österreich in den neunziger Jahren zu verkraften hatte.

Graphik 1
Wanderungssaldo Österreichs 1961–1993
In Tausend



Anhand der graphischen Darstellung läßt sich zeigen, daß Migration in Schüben erfolgt. Auch sagen Salden nicht unmittelbar etwas über den Inflow und Outflow von Arbeitskräften aus. Aber es läßt sich damit doch zeigen, daß die Wanderbewegungen in Europa nicht systematisch ansteigen. Selbst der große institutionelle Schock der Öffnung des Ostens wird wieder absorbiert werden.

Auslandskapital kommt und geht in Wellen: Internationaler Handel und Wettbewerb sind ein altes Phänomen. Internationalen Wettbewerb in Form von Auslandsdirektinvestitionen (FDI) durch multinationale Unternehmungen hat es schon vor dem ersten Weltkrieg gegeben. Es wechseln Phasen von »Liebe und Haß« zwischen nationalen Regierungen und multinationalen Konzernen. Der Grad der Internationalisierung (d.h. der Anteil des internationalen Investmentstocks am inländischen Output) hat das Ausmaß, das er um die Jahrhundertwende hatte, bis in die neunziger Jahre nie wieder erreicht (vgl. Roth 1984 und Bellak 1995). Während um 1913 dieser Grad der Internationalisierung 9% betrug, war er in den 60er, 70er und 80er Jahren rund die Hälfte und stieg erst wieder in den späten 80er und in den 90er Jahren wieder deutlich an.

Tabelle
Die weltweite Rolle des Auslandskapitals

	1913	1960	1975	1980	1985	1991
Anteil des Stocks an Auslandsdirektinvestitionen an der Weltproduktion	9,0%	4,4%	4,5%	4,8%	6,4%	8,5%

Quelle: UNCTAD-DTICI, 1994, S.130, zitiert in Bellak (1995), S. 103.

Die Liberalisierung der Kapitalmärkte (1987) hat zu einem gewaltigen Ansteigen der Kapitalströme geführt, die aber ebenfalls in Wellen erfolgen: Kapitalströme von Auslandsdirektinvestitionen sind seit der Liberalisierung der Kapitalmärkte plötzlich mehr als fünfmal so groß wie Handelsströme. Dies bedeutet massive Veränderungen im Vergleich zu früher und ist sicher die einschneidendste Veränderung. Trotzdem ist auch die Dynamik des internationalen Kapitalverkehrs nicht unendlich. Dem drastischen Anwachsen der Auslandsdirektinvestitionen Ende der achtziger Jahre folgt wieder eine Dämpfung im Wachstum.

Obgleich wir uns derzeit in einer Ära der »Konvergenzsympathie«, des »Harmonisierungsglaubens« und der zunehmenden Integration befinden, so läßt sich daraus nicht schließen, daß nationale Handlungsspielräume plötzlich verschwinden. Gegenteilstendenzen der »Divergenz« und »Regionalisierung« sind ebenfalls am Werk und können zu einem Ausschlagen des Pendels in die Gegenrichtung führen. Es hieße daher das Kind mit dem Bade auszuschütten, wenn plötzlich aufgrund der Internationalisierung auf nationaler Ebene »nichts mehr getan werden kann«.

6. Bedrohte strukturelle Bestandsbedingungen neo-korporatistischer Systeme im allgemeinen und der österreichischen Sozialpartnerschaft in Brüssel und in Österreich im besonderen

Ehe ich mich der Zukunft der Sozialpartnerschaft widmen möchte, seien die mir wesentlich erscheinenden Charakteristika dieses institutionellen Arrangements aufgezeigt. Dies vor allem deshalb, weil in der österreichischen Debatte sich explizit und implizit die Idee festgefahren hat, daß die neuen Aufgaben der Sozialpartnerschaft auf supranationaler Ebene oder als Sendbote Österreichs in Brüssel sein werden. In »bescheidenerer« Form wird von der Teilnahme am »Sozialen Dialog« eine Beeinflussung des Rests der Welt in Richtung sozialpartnerschaftlicher Lösungsmuster erhofft (s. z.B. Chaloupek 1995, S.27), in »omnipotenter« Form wird gar mit »Eurokorporatismus, also einem Umlegen des österreichischen Modells der Sozialpartnerschaft auf Europa geliebäugelt (s. Marterbauer, o.J.).

Sozialpartnerschaft ist ein Kompromiß zwischen drei Akteuren

Neokorporatismus ist immer ein Kompromiß zwischen drei Akteuren: dem Staat, der eigentlich autoritär regulieren will, den Unternehmensvertretern, die eigentlich eine Allokation durch den Markt vorziehen, und den Arbeitnehmervertretern, die eigentlich eine Umverteilung des Vermögens wollen. Im Neokorporatismus gibt der Staat Herrschaftsgewalt teilweise an die Verbände ab, die Unternehmer sind stärker reguliert als am Markt und die Arbeiter akzeptieren einen geringeren Anteil am Vermögen. Aber gesamtwirtschaftlich kann diese Kompromißlösung aufgrund geringerer Streiks und der Möglichkeit zu langfristiger, vorhersehbarer Planung (s. Traxler und Unger 1994) einer Marktlösung überlegen sein.

Die Zukunft der Sozialpartnerschaft sollte m.E. nicht in Brüssel sondern in Österreich liegen. Hierfür ist aber Vorbedingung, daß institutionelle Veränderungen für Österreich zur Kenntnis genommen werden. In Österreich ist dieser Kompromiß schwieriger geworden. Insbesondere ist die Achse Staat- Arbeitnehmerverbände geschwächt. Dies hat sich z.B. darin gezeigt, daß die Regierung unter Franz Vranitzky Erklärungen ohne Rücksprache mit den Gewerkschaften abgegeben hat, eine Tatsache, die in der Ära Kreisky undenkbar gewesen wäre. Auch die Beziehungen SPÖ und Gewerkschaften sind weniger intensiv wie früher.

Der Kompromiß ist aber immer noch möglich, wie etwa das gemeinsame Schnüren des »Sparpakets« zur Budgetkonsolidierung zeigte. Dieses vor allem für die Arbeitnehmerseite mit starken finanziellen Einbußen verbundene Paket wäre ohne die Sozialpartner wohl kaum durchsetzbar gewesen. In Brüssel würde dieser Kompromiß m.E. deshalb nicht möglich sein, weil, selbst wenn klar wäre, wer die Akteure sind, keiner der drei Akteure kompromißwillig oder kompromißfähig ist.

7. Die Position der Sozialpartner: Flucht nach vorne, i.e. Brüssel

Für eine sehr gelungene Wiedergabe der Auffassung der österreichischen Sozialpartner, insbesondere der im internationalen Vergleich doch beachtlich abweichenden Position der Arbeitnehmerinteressenvertretung siehe Chaloupek (1995). Die Diskussion in Norwegen und die Opposition der norwegischen Gewerkschaften im Vergleich zum EU-Monolog in Österreich zeugen von unterschied-

lichen Diskursmöglichkeiten selbst in sozialpartnerschaftlichen Arrangements. Für Kritik an Österreichs EUphorie siehe Weissel (1996).

Die österreichische Argumentation läßt sich überspitzt wie folgt zusammenfassen. Im folgenden steht, der österreichischen Diktion der Konsenssuche folgend, das verbrüdernde »Wir« für »Österreich«:

7.1 Wir sind der EU beigetreten, weil wir eigentlich ohnehin schon dabei waren.

Einerseits haben wir uns schon seit langem an den EU-Richtlinien orientiert, nun können wir sie mitgestalten. Andererseits begrenzt uns der internationale Wettbewerb so und so (s. Chaloupek 1995, S.26).

7.2 Wir werden der europäischen Währungsunion beitreten, weil wir eigentlich ohnehin schon dabei sind.

Weil nämlich die europäische Währungsunion eigentlich nur zwei Veränderungen bedeutet: Sie schließt hohe Staatsdefizite und Währungsabwertung aus, also Optionen, die Österreichs Regierung und Sozialpartner ohnehin nie in Erwägung gezogen hätten. Es ergäbe daher keinen Sinn von »Autonomieverlust« durch EU-Beitritt und Währungsunion zu sprechen (s. Chaloupek 1995, S.26). Gelegentlich wird dieser Punkt auch anders begründet: Durch die Währungsunion ändere sich nichts, weil wir durch die Hartwährungspolitik mit Deutschland ohnehin schon so etwas wie eine Währungsunion haben (man beachte diese irrtümliche und scheinbar fast nur in Österreich bestehende Verwechslung eines fixen Wechselkurssystems mit einer Währungsunion selbst von Experten wie Breuss 1992). Für unterschiedliche Handlungsmöglichkeiten in einer Währungsunion und einem fixen Wechselkurssystem bzw. einer Hartwährungspolitik siehe Unger (1995). In einer Währungsunion gibt es keinerlei Möglichkeiten den Wechselkurs, bzw. die Angst vor Abwertung als Disziplinierungsinstrument einzusetzen. Auch die Fiskalpolitik ist schwächer. Die gesamte Anpassung lastet auf der Lohnpolitik! Einhellig erfolgt aus sozialpartnerschaftlicher Sicht nicht nur die Bestandsaufnahme der Sozialpartnerschaft, sondern auch die Skizzierung ihrer Zukunftsperspektiven.

7.3 Die Zukunft der österreichischen Sozialpartnerschaft liegt in Brüssel.

Obgleich die Sozialpartner ihren gesunkenen Einfluß auf nationaler Ebene, also ihre Schwächung betonen, scheinen sie sich auf internationaler oder supranationaler Ebene deutlich stärker zu fühlen. In »bescheidenerer« Form werden die Sozialpartner »als verlängerter Arm Österreichs, als Lobbyisten für Österreich in Brüssel« visioniert (s. Nowotny, 1991 und 1994), in »gewagterer« Form wird von der Teilnahme am »Sozialen Dialog« eine Beeinflussung des Rests der Welt in Richtung sozialpartnerschaftlicher Lösungsmuster erhofft (s. z.B. Chaloupek 1995, S.27). Österreichs Sozialpartnerschaft als Sendbote des Wohlfahrtsstaates. In »omnipotenter« Form wird gar mit »Eurokorporatismus«, also einem Umlegen des österreichischen Modells der Sozialpartnerschaft auf Europa geliebäugelt (s. Marterbauer o.J.). Die Zukunftseinschätzung der österreichischen Sozialpartner scheint demnach etwas mit dem, was Sigmund Freud der österreichischen Seele beschied,

gemeinsam zu haben: zwischen Minderwertigkeitskomplex und Größenwahn hin und herzuschwanken.

Dürftig bleibt die Argumentation jedenfalls, wenn es darum geht, wie denn dieser kräftige Einfluß der im Inland geschwächten Sozialpartner auf EU-Ebene erfolgen soll. Hochreiter und Handler (1996) etwa vertreten die Auffassung, daß eine Art adjustiertes Sozialpartnerschaftsmodell auf EU-Ebene nach österreichischem Muster erfolgen könne, sofern nur adäquate institutionelle Rahmenbedingungen dafür gefunden würden (s. Hochreiter und Handler 1996, S.16). Chaloupek (1995, S. 27) vertraut auf die Wahrscheinlichkeit einer »Entwicklung vom derzeit herrschenden partikularistischen Lobbyismus wenigstens in Richtung hin zu einer gewissen Zentralisierung«.

Ist die Zukunft der Sozialpartnerschaft in Brüssel bloß eine Hoffnung? Das »Positionspapier zu ausgesuchten Themen rund um die Regierungskonferenz 1996« vom Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen zum Thema Perspektiven der Sozialpartnerschaft auf europäischer Ebene enthält jedenfalls einen langen Wunschzettel – an wen adressiert?

Zunächst wird darin festgestellt, wie beschränkt die Mitwirkungsmöglichkeiten im Sozialen Dialog sind. Da nur bei sehr konkreten Fragestellungen Mitwirkung möglich sei, können größere Maßnahmenpakete nicht geschnürt werden. Es kann also kein »scambio politico« (s. Schmitter 1974), kein politischer Tausch erfolgen! Dann werden eine Erweiterung des Sozialen Dialogs nicht nur auf Arbeitsbeziehungsthemen sondern auf sämtliche sozial- und wirtschaftspolitische Themen gefordert, die innere Stärkung der europäischen Verbände, die Entwicklung eines eigenständigen politischen Profils der Sozialpartner gegenüber den EU-Organen und die Schaffung von starken Zentralverbänden.

8. Die österreichische Sozialpartnerschaft im Ungleichgewicht der Kräfte – einige Beispiele aus der jüngsten Vergangenheit

Das Hauptproblem der österreichischen Sozialpartnerschaft liegt in der Verschiebung des Kräfteverhältnisses zwischen Kapital und Arbeit. Während das Kapital von »Internationalisierung« und der politischen konservativen Wende gekräftigt wurde, wurde die Arbeitnehmerseite durch Internationalisierung und Mitgliederschwund geschwächt. Ein sozialpartnerschaftlich ausgewogenes Paket kann aber nur verhandelt werden, wenn Verhandlungspartner mit gleich starkem Drohpotential einander gegenüber sitzen.

8.1 Das Kapital wird »stärker«

Die wesentlichste Bedrohung der Sozialpartnerschaft scheint mir in der Verschiebung des Gleichgewichts der Kräfte zu liegen. Durch die Liberalisierung der Kapitalmärkte und durch politische Veränderungen ist das Kapital »zu stark« und die Arbeit »zu schwach« geworden. Die österreichischen Unternehmer liebäugeln plötzlich mit dem internationalen Kapital. Die Angst vor Radikalisierung der Arbeiter ist seit dem Fall der Berliner Mauer und der Ostöffnung geringer geworden. So werden auch die Forderungen der Unternehmerseite wieder massiver. Zum Beispiel forderte die Unternehmerseite kürzlich bei steigender Arbeitslosenrate eine Verlängerung (!) der (Wochen)Arbeitszeit auf 45 Stunden.

Die Friseure weigern sich, Kollektivvertragsabschlüsse zu tätigen (Interview Legner, 25.7. 1996). Die Gewerkschaftssektion der Friseure ist traditionell schwach organisiert. Der Organisationsgrad beträgt in dem Gewerbe von Kleinstbetrieben 12 Prozent. 97 Prozent der Beschäftigten sind Frauen. Immer wieder gab es Probleme bei Kollektivvertragsverhandlungen. Die letzten Lohnverhandlungen erfolgten mit einer Zusatzbestimmung einer zeitlichen Befristung. Die neuen Kollektivvertragssteigerungen sollten per 1.1.96 im Durchschnitt 3,8% betragen, dann sollte aber weiterverhandelt werden. Die Arbeitgeberseite verzögert seither weitere Verhandlungen. Am 13.5.96 wurden die Verhandlungen von der Bundesinnung blockiert, die behauptete, keine Verhandlungsvollmacht ihrer Mitglieder zu haben. Solche Vorfälle hat es schon früher gegeben. Neu scheint mir allerdings die Tatsache, daß sich der Bundesinnungsmeister Franz Pfister an die Öffentlichkeit mit Forderungen wie »Abschaffung des Urlaubszuschusses und Weihnachtsgeldes« wendet. Die Unternehmerverbandspitze hingegen hält sich im Hintergrund. Die Bundesinnung weigert sich derzeit weitere Gespräche zu führen. Die Gewerkschaften konterten mit einem öffentlichen Gratisfrisieren am 3.6. am Viktor Adler Platz in Wien, zwei Wochen später in Linz und eine Woche später in Innsbruck. Der Arbeitskonflikt ist mit Stand Juli 96 noch nicht beendet. In der Kosmetikbranche gibt es seit 1992 keine neuen Lohnabschlüsse. Auch bei den Metallarbeitern werden die Verhandlungen schwieriger. Auffallend ist jedenfalls, daß Konflikte auf unterer Ebene nicht mehr intern ausgetragen werden, sondern öffentlich und daß sich die Wirtschaftskammer abwartend im Hintergrund hält.

Auffallend ist auch, daß die Unternehmer trotz gestiegener Einkommen weniger Steuern zahlen. Wie Otto Farny (1996) treffend aufzeigt, ist Österreich ohnehin ein Paradies der günstigen Steuersätze. Mit der Steuerreform 1988 wurden amerikanische Grundsätze der Steuersatzsenkung bei Verbreiterung der Bemessungsgrundlage (durch Abschaffen von Steuervergünstigungen) auch in Österreich angestrebt. Der Körperschaftsteuersatz wurde von 55% auf 30% gesenkt (später wieder auf 34% angehoben). Damit ist die Besteuerung von Gesellschaften in Österreich niedriger als in den USA (New York 39,9%), den Niederlanden (35%) oder Belgien (39%). Mit der Steuerreform 1993 wurde die Gewerbesteuer, die Vermögenssteuer, Erbschaftssteueräquivalent und Sonderabgabe der Banken gänzlich abgeschafft (Farny, 1996 S.61 und S.72). Österreich fällt damit bezüglich der Vermögensbesteuerung hinter das Niveau der Türkei auf den letzten Platz der OECD (s. Farny 1996, S.74). Die ohnehin geringe Steuerbelastung wird durch Steuerhinterziehung und Steuerschulden noch ergänzt. Die Steuerhinterziehung von Umsatzsteuer und veranlagter Einkommensteuer schätzt Farny auf rund 40 Milliarden Schilling. Die noch offenen Steuerschulden betragen im September 1995 rund 54 Milliarden Schilling, wovon 24 Milliarden noch vollstreckbar sind, der Rest uneinbringlich (Farny, S. 80f).

Während zwischen 1988 und 1996 die unverteilten Gewinne der Kapitalgesellschaften um 95% gestiegen sind, sind die Unternehmensteuern vom Ertrag und vom Vermögen nur um 38% gestiegen. Im Vergleich dazu steigt das Lohnsteueraufkommen in diesem Zeitraum um fast 50 Prozent, trotz mehrerer Steuersenkungen (Farny 1996, S.82). Es ist also offensichtlich, daß die Kapitalseite sich immer flexibler etwaigen Belastungen entzieht, die Politik immer zuvorkommender die Kapitalseite behandelt und dies auf Kosten der Arbeitnehmerseite geht. Die in

Österreich immer wieder aufflammende Diskussion um die Besteuerung des 13. und 14. Monatsgehalts (die derzeit wieder beruhigt ist) sollte berücksichtigen, daß der 13. und 14. Monatsgehalt historisch als Ausgleich der flexibleren Steuergestaltung der Unternehmungen für die Arbeitnehmer gedacht war. Die Steuergestaltung der Unternehmungen ist in den 90er Jahren flexibler denn je geworden. Das Kapital erfüllt seine Steuerpflichten nicht mehr.

8. 2 Die Arbeitnehmerseite wird »schwächer«

Die Arbeitnehmerseite wurde nicht nur durch die stärker werdende Kapitaleseite und durch die deutlich gesunkene Mitgliederzahl schwächer. Auch institutionelle Veränderungen erfolgten zu Lasten der Arbeitnehmerseite. Österreichs Gewerkschaften waren seinerzeit die einzigen der Welt, die nicht nur den Nominallohn sondern auch den Reallohn verhandeln konnten. Im Lohnunterausschuß wurden die Löhne gesteuert, im Preisunterausschuß wurden die Preise festgelegt. Preissteigerungen einer Vielzahl von Produkten mußten von den Unternehmern beim Preisunterausschuß beantragt werden. Wie Nowotny et al (1978) feststellte, erfolgte bereits Ende der 70er Jahre eine deutliche Schwächung der Preisregelungskompetenz durch die Zunahme importierter Güter, für die keine Antragspflicht bestand. Die Studie fand, daß die Marktpreise deutlich unter den bewilligten Preisen lag, was durch auf Umgehungen durch Rabatte etc. schließen ließ. Rosner (1983) meinte, daß der Preisunterausschuß überhaupt nie Preissteuerungsfunktion besessen hat. Trotzdem war der Preisunterausschuß, ein Kernstück der Wirtschafts- und Sozialpartnerschaft in Österreich. Er wurde Anfang der 90er Jahre abgeschafft und in einen »Preis- und Wettbewerbsausschuß« umfunktioniert, der keine Preis-anträge mehr behandelt. Es werden nur mehr Branchengespräche über Umsatzentwicklung, künftige Prosperität, Importanteile, Preisentwicklung etc. der Branche geführt. Der Wettbewerbsausschuß tagt etwa einmal pro Monat, während der Preisunterausschuß wöchentlich tagte (Interview Kovarik, 18.7.1996). Manche Funktionen des früheren Preisunterausschusses übernimmt nun eine unabhängige Schiedskommission, die im Wirtschaftsministerium angesiedelt ist. So etwa wurden früher »Gleitklauseln«, wonach Firmen mit öffentlichen Auftraggebern bei Lohnerrhöhungen die Preise erhöhen konnten, vom Preisunterausschuß genehmigt, und bei Nichteinigung an die Paritätische Kommission weitergeleitet. Solche Aufgaben übernimmt nun die unabhängige Schiedskommission, in der Ministerien ein stärkeres Gewicht haben als in der Paritätischen Kommission.

Die Tatsache, daß der Ausschuß weit weniger oft tagt, läßt darauf schließen, daß die Kommunikation zwischen den Sozialpartnern deutlich reduziert ist. Bezüglich der Preissteuerung mußten die Gewerkschaften deutliche Einflußeinbußen hinnehmen. Zunächst die geringere Effektivität der Preisantragsbewilligungen durch Importgüter und Rabatte, dann die Abschaffung der Preisanträge. Damit können die Gewerkschaften die Reallöhne nicht mehr festlegen. Dies bedeutet einen wesentlichen Einschnitt in ihren Handlungsspielraum seit den 70er Jahren. Die hohe Reallohnflexibilität in Österreich war durch Steuerung der Nominallöhne und Preise wesentlich steuerbarer, als wenn nur noch ein Instrument – die Löhne – zur Verfügung steht. Die österreichischen Gewerkschaften haben sich bei ihren Lohnverhandlungen nicht nur an Durchschnittsproduktivität und Inflationsrate orientiert, sie haben sie auch aktiv mitgestaltet. Sowohl von der Kosten-

druckseite, durch mäßige Lohnforderungen, als auch von der Nachfragesogseite, durch mäßige Preissteigerungsgenehmigungen, als auch von der monetären Seite durch Mitsprache in den Gremien der Notenbank. Hier ist festzuhalten, daß die geplante Wirtschafts- und Währungsunion einen deutlichen weiteren Schritt in Richtung Schwächung der Gewerkschaften bedeutet. Die Aufgabe des fixen Wechselkurssystems und der Übergang zu einer Einheitswährung bedeuten, daß der Wechselkurs als potentielles Instrument für Krisenabwehr nicht mehr zur Verfügung steht. Selbst wenn in Österreich kein Sozialpartner Abwertung wünscht, so ist doch der Wechselkurs als potentielles Drohpotential und als Notnagel für Krisen weiter vorhanden. Eine drohende Abwertung ist ein Disziplinierungsinstrument sowohl für die Arbeitnehmerseite, die Angst vor Inflation und Reallohnverlusten hat als auch für die Unternehmerseite, die Angst vor Profiteinbußen hat. In einer Wirtschafts- und Währungsunion entfällt die Wechselkurspolitik. Die von Maastricht geforderte Budgetkonsolidierung legt ein zweites derzeit bestehendes Instrument für Krisenabwehr lahm: die Fiskalpolitik. Damit bleibt nur noch ein drittes Instrument zur Abfilterung von Schocks übrig: die Lohnpolitik. Die gesamte Last der Anpassung wird in einer Währungsunion auf die Lohnpolitik ausgelagert. Eine Währungsunion stellt daher einen signifikanten institutionellen Schock dar und sollte von den Sozialpartnern als solcher erkannt und nicht verharmlost werden (s. Unger 1995). Die Währungsunion rückt die Lohnpolitik stärker ins Zentrum denn je. Aber auch die Lohnpolitik wird sich dramatisch ändern. Denn, wie Schuberth und Wehinger (1996) feststellen, wird sich dadurch der gesamte Lohnverhandlungsprozeß verändern. Derzeit orientieren sich die Gewerkschaften an der österreichischen Inflationsrate. Aber an welcher wirtschaftspolitischen Zielgröße sollen sie sich in einer Währungsunion orientieren? An der EU-Durchschnittsinflationsrate, die deutlich höher als die österreichische sein wird? Die daraus folgenden Lohnabschlüsse könnten für das nun zur Region gewordene Österreich Wettbewerbsnachteile bringen und die Arbeitslosigkeit weiter ansteigen lassen. Oder sollen sie sich am EU-Geldmengenziel orientieren statt ein Inflationsziel zu verfolgen? Oder sollen sie sich weiterhin an der österreichischen Inflationsrate orientieren, obgleich diese nicht mehr national steuerbar ist, sondern zu einer Art regionalen Inflation geworden ist? In Hinkunft wird jedenfalls zu überlegen sein, an welcher Größe sich die Nominallohnforderungen orientieren sollen und was dies für die Reallohnflexibilität bedeutet.

Ein weiteres »Schwächungselement« der Arbeitnehmerseite ist die Zunahme illegal Beschäftigter. In Holland verwendet man den Brotverbrauch, um die Anzahl der illegal Angesiedelten zu schätzen, der deutlich höher ist, als die Legalen essen könnten. In Österreich zeigt das Ansteigen der Unfallstatistik am zweiten Arbeitstag, daß die Unternehmer immer mehr zu illegal Beschäftigten tendieren. Passiert einem illegal Beschäftigten ein Unfall, wurde er rückwirkend um einen Tag offiziell angemeldet (nicht am selben Tag, denn da könnte es zu Kontrollen kommen). Dies wirkte sich in der Unfallstatistik in einem deutlichen Ansteigen der Unfälle am zweiten Arbeitstag aus (Interview Kovarik 1996). Prekäre und illegale Beschäftigungsverhältnisse umgehen kollektivvertragliche Vereinbarungen und erhöhen die Gefahr von Lohn-Dumping.

9. Sozialpartnerschaft ist robust – jüngstes Beispiel der Kammerbefragungen²

Trotz einer Verlagerung der Kräfteverhältnisse ist es eine Legende, vom »Tod der Sozialpartnerschaft« zu sprechen. Institutionen sind robust und ziemlich zäh im Überleben. Dies gilt auch für die österreichische Sozialpartnerschaft. Vor kurzem wurde sie durch das Infragestellen der Pflichtmitgliedschaft bei den Kammern »von innen« gewaltig bedroht. Denn »das österreichische Kammer-system ist ein Kernstück der Sozialpartnerschaft« (Prisching, 1996, S.95 und Traxler 1987) und ohne Pflichtmitgliedschaft gibt es keine Kammern. Jeder Arbeitnehmer ist bei der Arbeiterkammer, jeder Selbständige bei der Wirtschaftskammer. Eine Abschaffung würde das Ende des österreichischen Modells der Konsensfindung bedeuten. Diese Existenzbedrohung des bestehenden Systems kam vor allem von jenen politischen Kräften, die darin kaum vertreten sind, die sich als Teil einer neuen »Oppositionskultur« verstehen (vgl. Pelinka 1989 und Prisching 1996 S. 115).

Im Frühjahr dieses Jahres wurden die Mitglieder der Wirtschafts- und der Arbeiterkammer befragt, ob sie für die Beibehaltung ihrer Kammer sind. Die Ergebnisse zeigen deutlich, daß die österreichische Sozialpartnerschaft in ihren Grundwurzeln nicht so leicht zu erschüttern ist.

In der Wirtschaftskammer wurde im Februar 1996 folgende Frage an die Mitglieder gestellt: »Sind Sie dafür, daß die Wirtschaftskammern mit ihren Innungen, Gremien, Fachgruppen und Fachverbänden als gemeinsame gesetzliche Interessenvertretung für alle Unternehmerinnen und Unternehmer bestehen bleiben«. Die Abstimmungsbeteiligung von 36% entsprach der üblichen Beteiligung an Wirtschaftskammerwahlen. Von den 116.800 gültig abgegebenen Stimmen, stimmten 81,7% für die Beibehaltung der Kammer.

Die Arbeiterkammermitglieder wurden bundesweit in der ersten Jahreshälfte befragt. Im Mai und Juni 1996 folgte die Befragung der Wiener Arbeiterkammermitglieder. »Sind Sie dafür, daß die Arbeiterkammer als gesetzliche Interessenvertretung aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bestehen bleibt?« lautete die Frage. Diese Abstimmung war wesentlich heikler, da die Expertenarbeit dieser Kammer für die Mitglieder weniger transparent ist. Gerade die Befragung der Arbeiterkammer macht aber die systemerhaltenden Eigenschaften der österreichischen Sozialpartnerschaft klar. Während die Unternehmerbefragung mit üblicher (niedriger) Beteiligung der Mitglieder erfolgte, lag die Beteiligung bei der Arbeiterkammer deutlich über der sonstigen Norm. So etwa war die AK- Wahlbeteiligung 1994 in Wien 29%, während sie bei der Befragung 1996 fast doppelt so hoch, bei 57,7% lag. Die Durchführung der Arbeiterkammerwahl zeigt, daß einige Kräfte dafür mobilisiert wurden. In Wien etwa zeigten sich folgende Aktivitäten. Vom 6.5.1996 bis 15.6.1996 wurden rund 1100 Wiener Betriebe von AK-Mitarbeitern besucht und die Befragung erfolgte in den Betrieben. In Betrieben mit über 50 ArbeitnehmerInnen erfolgte die Befragung mit Unterstützung der Betriebsräte und PersonalvertreterInnen. Daneben waren sogenannte »fliegende« Kommissionen mit Stimmzetteln und Urnen in kleineren Betrieben ab 3 Beschäftigten unterwegs. Rund 13% der 57,7% Beteiligung in Wien erfolgten durch die »fliegende« Kommission. Wer an dieser ersten Phase der Befragung nicht teilnahm, bekam eine Befragungskarte zugesendet, die er auch per Post an die AK zurücksenden konnte.

Im Vergleich zu Arbeiterkammerwahlen ist auffällig, daß ein Großteil der Befragungen in den Betrieben erfolgte. Dies könnte ein Beleg dafür sein, daß auch die Unternehmerseite an einer hohen Befragungsbeteiligung interessiert war. Die Unternehmer, vor allem die kleineren, wissen, daß sie die Wirtschaftskammer für ihre Anliegen brauchen. Ohne Arbeiterkammer gibt es aber auch keine Wirtschaftskammer. Die Unternehmerseite mußte demnach an einem positiven Ergebnis der Arbeiterkammerbefragung höchst interessiert sein!

10. Die Zukunft der österreichischen Sozialpartnerschaft

Die Zukunft der österreichischen Sozialpartnerschaft liegt nicht in Brüssel sondern in Österreich. Sozialpartnerschaft ist ein nationales Arrangement und nationale Handlungsspielräume sollten in Zukunft stärker genützt werden. Auf supranationaler Ebene ist das Ungleichgewicht der Kräfte für sozialpartnerschaftliche Arrangements zu groß. Als »Sendboten des Wohlfahrtsstaates« haben sie zwar sicherlich eine wichtige moralische Funktion in Brüssel, aber ihre politische Funktion ist beschränkt.

Sozialpartnerschaft soll in erster Linie auf Österreich bezogen bleiben. Bei zunehmender Unsicherheit sind Bündel von Maßnahmen vielversprechender als Einzelmaßnahmen (s. Unger 1990). Daher kommt der Wahrnehmung sozialpartnerschaftlicher Funktionen auf Makro-Meso- und Mikroebene (etwa durch Betriebsvereinbarungen) und der Verzahnung dieser Ebenen verstärkte Bedeutung zu.

Auf der Makroebene sind die Anforderungen deutlich gestiegen. Gerade im Hinblick auf Internationalisierung gewinnen die status-quo-erhaltenden und versteinernenden Effekte von Sozialpartnerschaft für ein kleines Land aber eine neue Bedeutung: Eine Aufwärtsbewegung in der Internationalisierungswelle bedeutet zunehmende Unsicherheit, größere Fluktuationen in Output und Beschäftigung, schnellere Reaktionen und heftigere Überreaktionen der Wirtschaftssubjekte aufgrund höherer Mobilität von Finanzkapital, Realkapital und Arbeit. Dies bedeutet aber auch, daß Krisen zu schnell und zu drastisch auftreten können, was insbesondere hohe soziale Kosten mit sich bringt. Sozialpartnerschaft kann auf diese überhöhten und zu schnellen Fluktuationen dämpfend einwirken. Sozialpartnerschaftliche Strukturen werden daher bei zunehmender Internationalisierung gerade für ein kleines Land nötiger, um es vor extremen externen Schocks abzusichern.

Die in Zukunft für kleine Länder immer wichtiger werdende Funktion der Stabilitätssicherung durch Dämpfung von internationalen Schocks muß auf der Makroebene und auf der Mesoebene erfolgen. Auf der Makroebene gilt es nach wie vor, durch die Schaffung eines Klimas des »Vertrauens« und der »Konsensfindung«, durch »Expertentum« kurzfristige Schwankungen in Output und Beschäftigung zu verringern. Daß dies in Hinkunft schwieriger wird, ist unbestritten. Jedoch erweisen sich, wie die Kammerbefragung gezeigt hat, Institutionen als wesentlich stabiler als ökonomische Vorgänge. Dies bedeutet, daß zumindest mittelfristig die makroökonomische, krisendämpfende Stabilisierungsfunktion der Sozialpartnerschaft erhalten bleibt. Im Vergleich zu weniger oder nicht korporatistischen Ländern bleibt zumindest die relative Vorteilsposition Österreichs, was stabiles Klima anbelangt, erhalten.

Eine wichtige strategische Bedeutung kommt der Orientierung der Lohnpolitik in Hinkunft zu. Die Lohnpolitik des ÖGB orientierte sich in Österreich an der Durchschnittsproduktivität. Wie Schreckeneder (1994) untersuchte, liegt die Reallohnveränderung 1968–1993 mit 2,75% sehr nahe an der Veränderung der gesamtwirtschaftlichen Arbeitsproduktivität von 2,64%. Eine hohe Reallohnflexibilität wird in Zukunft noch nötiger sein, aber schwerer werden. In einer Währungsunion wird die Lohnpolitik die gesamte Anpassungslast an internationale Schocks zu tragen haben (Unger 1995). Der Frage, an welcher Zielgröße sich die Lohnpolitik orientieren soll, wird daher eine zentrale Bedeutung auch im Hinblick der Reallohnflexibilität zukommen.

Auf der Mesoebene werden sektorspezifische Anforderungen auch in Hinkunft bedeutend sein. Neben lohnpolitischen Aspekten werden vor allem strukturelle Anforderungen bedeutend. Wie eine vergleichende Studie über die Stahl- Automobil- und Werkzeugmaschinenindustrie zeigte, haben korporatistische Strukturen den Vorteil, daß sie die Orientierung an langfristigen Handlungskalkülen begünstigen. Sie können die Rahmenbedingungen für wirtschaftliches Handeln schaffen, durch die kurzfristigen Anpassungsprozesse, die sich langfristig als suboptimal für Strukturwandel erweisen, weniger »lohnend« und damit unwahrscheinlicher werden (etwa im Bereich Ausbildung und Forschung und Entwicklung kann es zu Unterversorgung durch den Markt kommen) (s. Traxler /Unger 1990).

Auf der Mikroebene stellen sich aufgrund zunehmender Destandardisierung und heterogener Arbeitnehmerinteressen neue Anforderungen. Mit dem »Ende der Massenproduktion« ist die Orientierung an einem »abstrakten Arbeitnehmer« (ohne Berufs- und Firmenidentität) immer problematischer, da produktionsbezogene Arbeitnehmerinteressen nach vorne rücken und diese in Betrieben sehr uneinheitlich sein können (s. Hinrichs/Unger 1990). Der Heterogenität der Interessen kann nur auf der Mikroebene begegnet werden, gleichzeitig ist eine Rückkoppelung zur Zentrale zu verstärken, wenn gesamtgewerkschaftliche Zielsetzungen noch erreicht werden sollen und das Drohpotential einer zentralisierten Organisation noch vorhanden bleiben soll.

Die Hauptfrage sollte bleiben, wie Österreich seinen »österreichischen Weg« weitergehen kann. Ein hohes Beschäftigungsniveau (z.B. maximal 2% Arbeitslosenrate), eine akzeptable Einkommensverteilung, ökologisch akzeptables Wirtschaften sollten Ausgangspunkt offensiver Überlegungen sein. Statt defensiv einem angeblichen Sachzwang der Internationalisierung (d.h. den Interessen des Kapitals) hinterherzulaufen, sollten offensiv Strategien der Abkoppelung von unerwünschten Effekten von Internationalisierung überlegt werden. EU-Maßnahmen sind nicht so einschränkend sein, daß sie keinen nationalen Spielraum ermöglichen. In Fragen des Sozialbereichs, der nationalen Autonomie von Steuer- und Ausgabenstrukturen des Budgets bleiben nationale Spielräume selbst innerhalb einer Währungsunion erhalten. Solange perfekte Kapital- und Arbeitsmärkte nicht existieren, solange wir eine Ökonomie der Imperfektionen und Anpassungsverzögerungen haben, verbleiben auch Spielräume für eine soziale Wirtschaftspolitik.

Wenn Sozialpartnerschaft auch in Zukunft eine Wirtschaft- und Sozialpartnerschaft sein soll, gilt es auch, die neuen wirtschaftspolitischen Schwerpunkte rechtzeitig zu erkennen. Eine wichtige Voraussetzung ist, Probleme als solche wahrzunehmen. EU-Beitritt, Währungsunion, Nato und die Zukunft bedeuten massive

institutionelle Schocks. Es stimmt nicht, daß sich nichts geändert hat, wie uns manche »Visionäre« der Sozialpartnerschaft glauben machen. Und es stimmt auch nicht, daß nichts mehr getan werden kann. Es gilt, das »Problemwahrnehmungsdefizit der Sozialpartner« in Zukunft zu verringern und ihre Handlungsspielräume dadurch wieder zu vergrößern.

Anmerkungen

- 1 Für wertvolle Hinweise und Hilfestellungen danke ich Wilfried Altzinger, Daniel Eckert, Georg Kovarik, Reinhard Pirker, Josef Schmee, Berta Schreckeneder und Franz Traxler, sowie den freundlichen Mitarbeitern des ÖGB-Archivs Frau Scher und Herrn Nowotny.
- 2 Zur Problematik der Arbeiterkammern sei auf den Beitrag von Josef Schmee in diesem Heft verwiesen.

Literatur

- Arrowsmith, John (1995), Economic and Monetary Union in a Multi-Tier Europe, National Institute Economic Review, May 1995.
- Bellak, Christian (1995), International Trade, Multinational Enterprises, and Industrial Policy Choice, in Unger und Van Waarden (1995), S. 80-108.
- Boyer, Robert (1993), The Convergence Hypothesis Revisited, CEPREMAP, Paris.
- Breuss, F. (1992), Was erwartet Österreich in der Wirtschafts- und Währungsunion der EG? in Monatsberichte des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung, vol. 65, no. 10.
- Chaloupek, Günther (1995), Entwicklung und Zukunft der österreichischen Sozialpartnerschaft, Materialien zur Wirtschaft und Gesellschaft No.59, Arbeiterkammer Wien, Dezember 1995.
- Dehesa, Guillermo de la und Paul Krugman (1992), »EMU and the regions, Group of Thirty«, Occasional Papers, no. 39, Washington DC.
- Engbersen, Godfried, Poverty regimes and life chances: The road to anomia? in Unger/Van Waarden (1995), S.200-227.
- Farny, Otto (1996), Analyse des Gewinnsteueraufkommens 1988-96, in Wirtschaft und Gesellschaft, 22. Jg. (1996), Heft 1, Arbeiterkammer Wien, S.61-85.
- Fukuyama, Francis (1992), The End of History and the Last Man, Free Press, New York.
- Grandner, Thomas und Brigitte Unger (1993), The role of governance institutions for the future of European policy, paper presented at the SASE-Conference, New School for Social Research, New York, April.
- Gutachten zur Budgetkonsolidierung der österreichischen Sozialpartner, Wien, September 1995.
- Handler, Heinz und Hochreiter Eduard (1996), The Austrian Economy in the Wake of Joining the EU, CEPS Economic Policy Group, Country Paper Austria.
- Hinrichs, Karl und Brigitte Unger (1990), Das »Ende der Sozialpartnerschaft«? Ein internationaler Vergleich der Entwicklung korporatistischer Systeme, in: Kurswechsel 1/1990.
- Interview Georg Kovarik, Leiter des Volkswirtschaftlichen Referats des ÖGB, vom 18.7.1996.
- Interview Legner, Telfonat vom 25.7.1996. Frau Legner ist bundesweiter Sektionssekretär des HGT Sektion Friseure
- Kern, Horst und Michael Schumann (1976), Industriearbeit und Arbeiterbewußtsein, Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt am Main.
- Kratena, Kurt, Markus Marterbauer und Brigitte Unger (1988), Zukunftsperspektiven einer aktiven Budgetpolitik, Werkstattblätter, Zukunfts- und Kulturwerkstätte, Wien.
- March, James and Johan Olsen (1995), Democratic Governance, Free Press.
- Marterbauer, Markus (o.J.), Vollbeschäftigung ist machbar. Bedingungen und Maßnahmen einer beschäftigungspolitisch orientierten Wirtschaftspolitik in Österreich und Europa, in GPA (Gewerkschaft der Privatangestellten), Der Countdown läuft, ohne Ort, ohne Jahr, S. 45-66.
- Mooslechner, P. (1995), »Finanzmarktliberalisierung and Wirtschaftspolitik«, in Thomasberger, C. (Hrsg.), Europäische Geldpolitik zwischen Marktzwängen und neuen institutionellen Regelungen, Metropolis, Marburg.
- Nowotny, Ewald, Alois Guger, Hannes Suppanz und Herbert Walther (1978), Studie zur Wettbewerbsintensität in der österreichischen Wirtschaft, Wien, 1978.

- Nowotny, Ewald (1991), *The Austrian Social Partnership and Democracy*, Working Papers Wirtschaftsuniversität Wien No.10, Dec. 1991.
- Nowotny, Ewald (1994), *Wirtschaftsordnung und Sozialpartnerschaft im internationalen Wettbewerb*, in *Wirtschaftspolitische Blätter* 41, 1994, S. 482–488.
- Pelinka, Anton (1989), *Zur Entwicklung einer Oppositionskultur in Österreich. Bedingungen politischen Erfolges in den achtziger Jahren*, in *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft* 18, (1989), S. 141–149.
- Prisching Manfred (1996), *Die Sozialpartnerschaft, Modell der Vergangenheit oder Modell für Europa? Eine kritische Analyse mit Vorschlägen für zukünftige Reformen*, Manz Verlag, Wien 1996.
- Rosner, Peter (1983), *Die wenig beachtete Umverteilung in Österreich*, in *Wirtschaft und Gesellschaft*, Wien 2/1983, S. 237–249
- Roth, Bernhard (1984), *Weltökonomie oder Nationalökonomie? Tendenzen des Internationalisierungsprozesses seit Mitte des 19. Jahrhunderts*, Schriftenreihe der Studiengesellschaft für Sozialgeschichte und Arbeiterbewegung, vol. 46, Verlag Arbeiterbewegung und Gesellschaftswissenschaften, Marburg.
- Sassen, Saskia (1995), *Labour mobility and migration policy: Lessons from Japan and the US*, in Unger/Van Waarden (1995), S.108–133.
- Schmitter, Philippe, C. (1974), *Still the Century of Corporatism?*, *Review of Politics* 36, S.85–131.
- Schreckeneder, Berta (1994), *Die Lohnpolitik des Österreichischen Gewerkschaftsbundes*, Diplomarbeit der Wirtschaftsuniversität, Wien, 1994.
- Schuberth, Helene und Gert D. Wehinger, *The Costs of Monetary Union: Evidence for Austria*, paper prepared for the 8th International Conference on Socio-Economics (SASA), Genf, Juli 1996.
- Statistisches Jahrbuch für die Republik Österreich, Wien, 1995.
- Traxler, Franz (1987), *Klassenstruktur, Korporatismus und Krise*, in *Politische Vierteljahresschrift* 28, 1987, S. 59–79.
- Traxler, Franz und Brigitte Unger (1990), *Institutionelle Erfolgsbedingungen wirtschaftlichen Strukturwandels*, in: *Wirtschaft und Gesellschaft* 2/90 S.189–223
- Traxler, Franz und Brigitte Unger (1994), *Governance, Economic Restructuring and International Competitiveness*, in *Journal of Economic Issues*, vol. XXVIII, no. 1, March 1994.
- Unger, Brigitte (1987), *Möglichkeiten und Grenzen der Finanzierung von Budgetdefiziten*, Dissertation der Wirtschaftsuniversität Wien, 1987.
- Unger, Brigitte (1989), *Möglichkeiten und Grenzen nationaler Verteilungspolitik bei zunehmender Internationalisierung*, in *Kurswechsel* Heft 3: 4–10.
- Unger, Brigitte (1990): *Possibilities and Constraints of National Economic Policies: The Case of Austria*, in: *German Politics and Society*, Fall 1990/21, Harvard University, p.63–77.
- Unger, Brigitte und Franz van Waarden (1994), *Interest associations and economic growth. A critique of Mancur Olson's »Rise and Decline of Nations«*, CEPR-Working Paper, no. 894, April, Centre for Economic Policy Research, London.
- Unger, Brigitte (1995), *European integration and fiscal policy options*, in Unger/Van Waarden (1995), p.57–80.
- Unger, Brigitte und Franz van Waarden (1995), *Introduction. An Interdisciplinary Approach to Convergence*, in Unger/Van Waarden (1995), S. 1–37.
- Unger, Brigitte und Franz van Waarden (1995), Hrsg, *Convergence or Diversity? Internationalization and Economic Policy Response*, Avebury, Aldershot.
- Unger, Brigitte (1996b), *The Limits of Convergence and Globalization*, in: Dev Gupta et al (Hrsg), *Globalization in 3 Volumes*, Kluwer Verlag, im Erscheinen.
- Unger, Brigitte und Franz van Waarden (Hrsg), (erscheint), *Institutional Convergence?*, Oxford University Press.
- Walther, Herbert (1996), *Zurück zur Vollbeschäftigung-aber wie?* Unveröffentlichtes Manuskript der Wirtschaftsuniversität Wien.
- Weissel, Erwin (1996), *Der große EUpheismus. Ein österreichisches Lehrstück über Manipulation*, Verlag Dr. Kovacs, Hamburg, 1996.